

## **Beschluss**

### **Mitglieder-Parteitag der Rhein-Erft-SPD vom 06.11.2010**

Die Rhein-Erft-SPD hat sich 2006 auf ihrem Kreisparteitag zum neuen Grundsatzprogramm auch für die Idee eines Grundeinkommens ausgesprochen. Gleichzeitig wurde der Auftrag an die Projektgruppe „Grundsatzprogramm“ vergeben, ein sozialdemokratisches Modell für ein Grundeinkommen zu erarbeiten. Die Projektgruppe hat seitdem in kontinuierlicher Arbeit, angeregt auch durch die Mitarbeit auswärtiger Experten, die Grundzüge eines solidarischen Grundeinkommens entwickelt.

Der Parteitag möge beschließen:

Die Mitgliederversammlung der Rhein-Erft-SPD

- a) stimmt den Thesen für ein solidarisches Grundeinkommen als Zielvorstellung zu
- b) erwartet, dass das vorgelegte „konkrete Modell Solidarisches Grundeinkommen“ weiterentwickelt wird und innerhalb der SPD für Mehrheiten geworben wird
- c) fordert, dass die in Punkt 12 des Modells erwähnte individuelle steuerfinanzierte Mindestrente und das einkommensunabhängige Kindergrundeinkommen als erster Schritt zeitnah realisiert werden.

#### **Solidarisches Grundeinkommen – eine sozialdemokratische Perspektive**

1. **Ein Grundeinkommen ermöglicht allen Mitgliedern unserer Gesellschaft eine menschenwürdige Existenz.** Die Sozialdemokratie hat sich in ihrer Sozialpolitik bisher auf die Absicherung einer Vielzahl von Risiken konzentriert. Angesichts zunehmender Gerechtigkeitsprobleme sollten diese umfassend gelöst werden. Mit dem Projekt eines Grundeinkommens wird unser Sozialstaat auf eine neue Grundlage gestellt. Es wird vorgeschlagen, statt der Vielzahl sozialer Leistungen ein Grundeinkommen einzuführen, das alle Bürger von Existenzsorgen befreit. Nur ein Grundeinkommen, das jedem ohne eine Bedürftigkeitsprüfung in einer angemessenen Höhe garantiert wird, entfaltet eine befreiende Wirkung.
2. **Ein Grundeinkommen wirkt einer Spaltung der Gesellschaft entgegen.** Armut, schlechte Berufschancen und soziale Unsicherheit führen heute zu einer vielfach gespaltenen Gesellschaft. Ein Grundeinkommen hingegen, das ein menschenwürdiges Leben oberhalb der Armutsgrenze garantiert, ist zentrales Projekt eines vorsorgenden Sozialstaates, der seine Mitglieder vor materieller Not schützt und Chancen für ein solidarisches Leben in der Gesellschaft eröffnet. Der Zusammenhalt in der Gesellschaft, in der alle auf einander angewiesen sind, wird gefördert, und die Demokratie erhält eine besser gesicherte soziale Basis.
3. **Ein Grundeinkommen stärkt die Position der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.** Heute haben die Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten, gegenüber ihrem Arbeitgeber „Nein“ zu sagen, ohne ihren Erwerbsarbeitsplatz zu gefährden. Durch das Grundeinkommen werden die Arbeitgeber veranlasst, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass sie für die Beschäftigten attraktiv werden. Die Arbeitnehmer und ihre

Gewerkschaften würden damit eine neue Verhandlungsmacht gegenüber den Arbeitgebern gewinnen, auch ihre Streikfähigkeit würde erhöht. Von einer solchen Stärkung der Beschäftigten können auch die Arbeitgeber profitieren. Nicht mehr ein Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, sondern um Qualität und bessere Arbeitsbedingungen stünde im Vordergrund. Die Beschäftigten wären besser motiviert – mit Folgen für die Produktion.

4. **Ein Grundeinkommen macht Vollbeschäftigung möglich.** Vollbeschäftigung ist eine unverzichtbare sozialpolitische Zielvorstellung. Sie ist jedoch heute in der globalen kapitalistischen Marktgesellschaft nicht mehr allein in der Form einer Erwerbsarbeit für alle zu realisieren. Andererseits gibt es heute viele Formen von Arbeit und Beschäftigung, die nicht nur auf ein Erwerbseinkommen ausgerichtet sind. Mit einem Grundeinkommen wäre daher eine neue Form der Vollbeschäftigung möglich, die sich nicht nur auf Erwerbsarbeit beschränkt, sondern in einer freien Tätigkeitsgesellschaft gleichrangig mit anderen Formen der Arbeit verwirklicht werden kann. Ein Grundeinkommen würde Freiräume für gelebte Solidarität eröffnen. Die SPD hätte die Chance, in neuer Weise als Partei der Arbeit verstanden zu werden; denn ihr Projekt des Grundeinkommens schafft Arbeit für alle und damit Vollbeschäftigung.
5. **Ein Grundeinkommen belohnt Leistung.** Angesichts der Enttäuschung, dass ein zu großer Teil des Verdienstes auf die Sozialleistungen angerechnet wird, stehen heute viele vor der Entscheidung, vorzugsweise „schwarz zu arbeiten“. Ein Grundeinkommen hingegen würde einen besseren finanziellen Anreiz schaffen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, weil die Möglichkeiten eines Zuverdienstes verbessert sind. Da mit der Absicherung der Existenz der Zwang zu arbeiten verschwindet, kann sich jeder die Tätigkeiten suchen, die seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten besser entsprechen. Das Grundeinkommen wird sich demnach als leistungsfördernd erweisen.
6. **Das Grundeinkommen vereinfacht und verbessert unseren Sozialstaat.** Das Grundeinkommen würde viele der bisherigen Sozialleistungen ersetzen, unzählige Prüfungen und Kontrollen könnten entfallen. Der deutsche Sozialstaat wäre damit für alle, die seine Leistungen in Anspruch nehmen wollen, besser überschaubar; seine Akzeptanz wäre gestärkt – und damit auch die unserer Demokratie. Die Einführung eines Grundeinkommens wäre zudem ein großer Beitrag zum Abbau von Bürokratie.
7. **Das Grundeinkommen ermöglicht Bildung für alle.** Mit der Einführung eines Grundeinkommens erhält jedes Mitglied der Gesellschaft die Chance, die seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung zu absolvieren, ohne in wirtschaftliche Schwierigkeiten zu geraten. Eltern müssten sich nicht verschulden, um eine bessere Ausbildung ihrer Kinder zu ermöglichen. Mit einem Grundeinkommen kann jeder Einzelne die Forderung nach lebenslangem Lernen in der Wissensgesellschaft einlösen. Ohne das solidarische Grundeinkommen bleibt das Recht auf Bildung uneingelöst.

## **Ausbau unseres Sozialstaats: Das solidarische Grundeinkommen konkret**

- 1. Das solidarische Grundeinkommen erhält jeder und jede, die legal in Deutschland wohnen.** Jede Einwohnerin und jeder Einwohner, die oder der eine festzulegende Mindestdauer in Deutschland legal seinen ersten Wohnsitz hat, hat Anspruch auf ein Grundeinkommen. Mit dieser einfachen Regelung lassen sich Befürchtungen entgegentreten, durch ein Grundeinkommen würde eine unkontrollierte Einwanderung stattfinden.
- 2. Ein solidarisches Grundeinkommen sichert das sozio-kulturelle Existenzminimum für Erwachsene mit 800 Euro und für Kinder mit 500 Euro im Monat.** Die Höhe des Grundeinkommens orientiert sich an dem vom Bundesverfassungsgericht bestätigten Gebot der Gewährleistung des sozio-kulturellen Existenzminimums. Durch diese materielle Absicherung soll Menschen die Teilhabe an unserer Gesellschaft ermöglicht werden. In dem Grundeinkommen von 800 Euro für Erwachsene und 500 Euro für Kinder sind die Wohnkosten enthalten. Bei extremen Situationen auf dem Wohnungsmarkt muss gegebenenfalls eine Härtefallregelung über ein bedürftigkeitsgeprüftes Wohngeld beibehalten werden. Die Höhe des Grundeinkommens muss jährlich der Inflation angepasst werden.
- 3. Das solidarische Grundeinkommen ist finanzierbar.** Die Reaktionen auf die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen, dass die Bevölkerung und die politischen Entscheidungsträger bereit sind, Wege zu gehen, die bis vor kurzem noch undenkbar schienen. Zur Finanzierung eines Grundeinkommens gibt es viele Möglichkeiten. Wir halten die Einführung einer negativen Einkommensteuer mit einem Einheitssteuersatz für den besten Weg. Das Volkseinkommen in Deutschland betrug 2009 rund 1,8 Billionen Euro. Rund die Hälfte davon würde durch eine Einkommensbesteuerung ausreichen, um ein Grundeinkommen und andere staatliche Aufgaben wie zum Beispiel kostenfreie Bildung oder Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur zu finanzieren.
- 4. Die Auszahlung des Grundeinkommens über die negative Einkommenssteuer ist einfach durchführbar.** Das Finanzamt zieht von der Steuerschuld das Grundeinkommen in Höhe von 800 Euro für Erwachsene und in Höhe von 500 Euro für Kinder ab. Sollte das Grundeinkommen größer als die Steuerschuld sein oder wie bei Kindern keine Steuerschuld bestehen, wird das Grundeinkommen bzw. die entsprechende Differenz vom Finanzamt ausgezahlt.
- 5. Zwei Drittel der Haushalte werden durch ein Grundeinkommen entlastet, ein Drittel wird stärker belastet.** Zur Finanzierung eines Grundeinkommens und der weiteren staatlichen Aufgaben ist ein Einheitssteuersatz in Höhe von rund 50% auf das Einkommen notwendig. Aber Achtung! Dass ist nur rechnerisch eine hohe Besteuerung, denn durch das Anrechnen des Grundeinkommens auf die Steuerschuld ist die tatsächliche Steuerbelastung für über zwei Drittel der Haushalte in Deutschland gleich oder geringer als bisher. Zum Beispiel läge die tatsächliche steuerliche Belastung bei einem Alleinstehenden mit einem Bruttoeinkommen von 4.000 Euro im Monat bei 30%; ein Ehepaar mit einem Kind und dem gleichen Bruttoeinkommen müsste effektiv keine Einkommenssteuer bezahlen und würde stattdessen noch 100 Euro im Monat vom Finanzamt erstattet bekommen.

Die **Vorteile einer negativen Einkommensteuer im Überblick** sind:

- in Verbindung mit der Auszahlung eines Grundeinkommens entfaltet die negative Einkommensteuer eine progressive Wirkung
- es findet deshalb eine Umverteilung von Reich nach Arm statt.
- rund zwei Drittel der Haushalte werden finanziell entlastet
- fast nebenbei wird ein einfaches und verständliches Einkommensteuerrecht geschaffen.

6. **Einige Sozialleistungen sind nach der Einführung eines Grundeinkommens nicht mehr notwendig.** Konkret würde ein Grundeinkommen u.a. ersetzen: Arbeitslosengeld II, Teile der Sozialhilfe, Ausbildungsförderung, Kindergeld, Unterhaltsvorschuss, Grundsicherung im Alter. Auch würden viele bisherige Steuerfreibeträge wegfallen, deren Zweck es bisher ist, das Existenzminimum sicherzustellen. Das würde in Zukunft durch das solidarische Grundeinkommen sichergestellt.

Ein Grundeinkommen kann viele Sozialleistungen ersetzen, aber nicht alle. Für behinderte Menschen oder in der Kinder- und Jugendhilfe wird es beispielsweise weiterhin zusätzliche Leistungen geben müssen, die einer Bedürftigkeitsprüfung unterliegen.

7. **Die Sozialversicherungssysteme bleiben erhalten und sind in Richtung Bürgerversicherung weiterzuentwickeln.** Unser Sozialstaat wird mit Hilfe des solidarischen Grundeinkommens ausgebaut. Die Arbeitslosenversicherung, die Kranken- und Pflegeversicherung sowie die gesetzliche Rentenversicherung bleiben bestehen.

8. **Ein solidarisches Grundeinkommen ermöglicht sinkende Sozialversicherungsbeiträge ohne Leistungsabbau.** Zur Existenzsicherung gehört unbestreitbar auch eine Kranken- und Pflegeversicherung, die jedem Einwohner mit Hilfe eines solidarischen Grundeinkommens garantiert wird. Deshalb wird zusätzlich zum Grundeinkommen für jeden Erwachsenen und für jedes Kind Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge aus Steuermitteln gezahlt. Die Beiträge werden zum einen durch einen auf die Höhe des Grundeinkommens bezogenen Beitragssatz aus Steuermitteln finanziert. Zum anderen werden darüber hinaus die Versicherungsbeiträge wie bisher auf das Erwerbseinkommen bezogen.

Die bei der Einführung eines Grundeinkommens nicht mehr notwendig gewordenen Steuermittel zur Finanzierung der unter Punkt 6 genannten Sozialleistungen werden zur Gegenfinanzierung herangezogen. Die Beitragssätze werden dann sinken.

9. **Bürgerversicherung und Grundeinkommen ergänzen sich.** Die Kranken- und Pflegeversicherung werden nach dem Konzept der SPD zu einer Bürgerversicherung ausgebaut. Nach dem Prinzip der Bürgerversicherung werden von allen Einkommensarten Sozialversicherungsbeiträge entrichtet und die Trennung in ein gesetzliches und privates in ein Krankenversicherungssystem aufgehoben. Alle Einwohner zahlen in ein Krankenversicherungssystem ein.

**10. Das Grundeinkommen garantiert allen Rentnerinnen und Rentnern eine auskömmliche Mindestrente und ermöglicht sinkende Versicherungsbeiträge.** Alle bestehenden Rentenansprüche bleiben erhalten. Darüber hinaus wirkt das solidarische Grundeinkommen für viele Rentnerinnen und Rentner wie eine Mindestrente. Über 60% der Rentnerinnen und auch knapp 25% der Rentner in Westdeutschland erhalten derzeit eine Rente unterhalb von 800 Euro. Ein solidarisches Grundeinkommen würde für diese Menschen endlich ein eigenständiges und auskömmliches Einkommen bedeuten. Dies wäre ein großer Fortschritt für die Betroffenen und ein Mehr an sozialer Sicherheit für Millionen von Rentnerinnen und Rentnern.

Außerdem könnten die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung erheblich gesenkt werden, weil von den Beiträgen nur noch die Rentenansprüche oberhalb von 800 Euro bezahlt werden müssten. Durch das solidarische Grundeinkommen werden 800 Euro bereits aus Steuermitteln aufgebracht.

**11. Grundeinkommen und Mindestlohn ergänzen sich.** Verschiedentlich wird kritisiert, dass ein Grundeinkommen wie ein flächendeckender Kombilohn mit all seinen Nachteilen wirken würde. Diese Gefahr lässt sich bei einem solidarischen Grundeinkommen mit einer einfachen Lösung ausräumen, nämlich der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Es spricht nichts dagegen, ein Grundeinkommen und gleichzeitig einen Mindestlohn einzuführen.

**12. Ein solidarisches Grundeinkommen kann Schritt für Schritt eingeführt werden.** Mit der Einführung eines Grundeinkommens ist ein erheblicher Umbau unseres bisherigen Sozialstaats verbunden. Dieser Umbau muss behutsam erfolgen und kann in Schritten stattfinden, weil wir die Menschen auf diesem Weg mitnehmen müssen. Erste Schritte wären zum Beispiel die Einführung einer einkommensunabhängigen Kindergrundsicherung bis zum 25. Lebensjahr, wie sie von der AWO vorgeschlagen wird und bereits in der SPD diskutiert wird, oder die Einführung einer individuellen und steuerfinanzierten Mindestrente. Die stufenweise Einführung eines Grundeinkommens hat den Vorteil, dass sich mit jeder Stufe überprüfen lässt, ob die erwarteten positiven Veränderungen bei den Menschen auch tatsächlich eintreten oder Korrekturen notwendig sind.

Wir haben noch nicht auf alle Fragen, die mit der Einführung eines solidarischen Grundeinkommens verbunden wären, eine optimale Antwort. Es bleibt noch einiges zu tun. Aber wir sind davon überzeugt, auf dem richtigen Wege zu sein, den Menschen mit einem solidarischen Grundeinkommen größere soziale Sicherheit zu bieten und eine sozial gerechtere Gesellschaft zu schaffen.

Kontakt:

**[grundeinkommen@rhein-erft-spd.de](mailto:grundeinkommen@rhein-erft-spd.de)**